

**Beschlussauszug
Nr. 19**

Gremium	Beratungsart	Termin
Stadtrat	öffentlich	28.04.2015

**Mobilfunk;
Ersatzstandort für die Anlage in Eschach;
Kommunales Einvernehmen zum Bauantrag einer Anlage am Galgenbichl**

Sachverhalt

Der Vorsitzende erklärt einfühend, dass der Standort des Mobilfunkmastens in Eschach nach Vertragsende gekündigt wurde. Die Provider waren sodann auf der Suche nach anderen Möglichkeiten. in der Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses sei über die beiden neuen Standorte informiert worden. Der Stadtrat wurde dann am 24.02.2014 damit beschäftigt.

Entsprechend des Beschlusses fand am 13.04.2015 eine Informationsveranstaltung im Haus der Gebirgsjäger statt, bei der ca. 80 Bürger neben den Mitgliedern des Stadtrats anwesend waren. Die Betreiber Telekom, vertreten durch Herrn Käßler, und Vodafone, vertreten durch Herrn Schilling, sowie Herr Dr. Nießen vom EMF-Institut berichteten ausführlich über die Ersatzstandorte und standen für Fragen zur Verfügung.

Ursprünglich war davon auszugehen, dass als Ersatz für den Standort Eschach vier neue Anlagen notwendig werden: eine Anlage in Hopfen a. S. und drei Standorte in Füssen (Norden, Mitte und Westen).

Dr. Nießen habe ein Mobilfunkgutachten für den Zweckverband Allgäuer Land erstellt um die gesundheitlichen Schäden von den Bürgern fern zu halten.

Im Zuge dieser Maßnahme sei ein Antrag von den Stadträten Dr. Beyer und Schmück eingegangen, der heute behandelt werden sollte. Außerdem wurden im Bezug auf den Fischerbichl weitere Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer und der Telekom geführt. Heute müsse über beide Standorte abgestimmt werden. Am Fischerbichl wurde der Standort etwas südlicher verlegt. Somit stehe er nicht mehr so dominant da und aus der Sicht von Hopfen her und auch von Füssen kommend verschwinde er größtenteils hinter einer Baumgruppe. Aus diesem Grund müssen 135 m mehr Kabel verlegt werden. Der Provider ist hiermit einverstanden. Anhand einer Luftaufnahme erläutert der Vorsitzende sodann den neuen Standort.

Stadtrat Schmück übergibt auch im Namen von Herrn Meier und Herrn Hess 239 Unterschriften gegen den Standort Fischerbichl.

Herr Fredlmeier führt aus, dass er nur wiedergeben könne was Gespräche mit den Tourismusvereinen ergeben habe. Der Galgenbichl wurde bisher von den touristischen Akteuren nicht kritisch gesehen worden. Der Mast sei landschaftsprägend, jedoch nicht in dem Maße wie am Fischerbichl. Der Standort sei akzeptabel, immerhin habe man ja auch einen Versorgungsauftrag. Er weist außerdem darauf hin, dass in Füssen viele Gäste aus dem Ausland Urlaub machen, für die das Handy usw. besonders wichtig ist. Hopfen sei genauso wichtig wie Füssen. Dort seien andere Punkte abgewogen worden. Ob dies jetzt abgemildert sei, könne er nicht beurteilen. Hopfen schaffe sich mit diesem Mast ein neues Wahrzeichen. Er habe keine Erkenntnisse, wie es von den Gästen gesehen werde. Sollte die Versorgung schlechter werden, werde es sicher einen Aufschrei geben. Die Hopfener empfinden es als sehr negativ. Es gebe eine neue Idee für Hopfen. Künftig solle es um

Schlafen gehen. In diesem Fall schade die Strahlung. Wie könne die Strahlung minimiert werden. Mit dem Standort Fischerbichl gebe es die geringste Strahlung. Abschließend erklärt er, entweder müsse ganz auf einen Masten verzichtet werden oder es müsse sich für das geringste Übel entschieden werden.

Stadtrat Dr. Metzger betont, dass die Stadt einen Versorgungsauftrag habe. Er möchte jedoch Einfluss auf die Quantität haben. Es sollte nicht jedes Jahr mehr Strahlung geben.

Herr Käßler von der Telekom erklärt, dass dies von der vertraglichen Gestaltung abhängt. Dieser müsse ausgewogen sein. Der Vertrag dürfe allerdings nicht so eng geschnürt sein, dass wegen jeder Schraube nachgefragt werden müsse. Vom Gesetz her seien Sie nicht verpflichtet dazu.

Stadtrat Bader führt aus, im Gebiet Galgenbichl seien Kindergärten und Schulen. Er bittet hier beim Vertrag einige Daumenschrauben anzuziehen.

Für Stadtrat Schaffrath ist der Standort Galgenbichl etwas abseits von der Wasserreserve akzeptabel. So könne man mit einem Masten die ganze Stadt abdecken.

Dritter Bürgermeister Ullrich gibt folgende Stellungnahme ab:

Auf Einladung von Stadtrat Umkehrer fanden im Anschluss an die Stadtratssitzung vom 24. Februar parteiübergreifend für alle Interessierten aus den Reihen des Stadtrats zahlreiche Gespräche statt. An diesen haben für die CSU Dr. Hans-Martin Beyer, für Füssen Land Herbert Dopfer, für die Grünen Jörg Umkehrer, für die Freien Wähler Andreas Ullrich sowie zahlreiche wechselnde Fachleute und/oder Betroffene teilgenommen.

Diese Stellungnahme soll dazu dienen, alle Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats auf einen annähernd gleichen Ergebnisstand zu bringen:

Ein Blick in die Historie:

- Seit 2008 existiert das Mobilfunkversorgungskonzept des Zweckverbands Allgäuer Land, ausgearbeitet vom EMF – Institut Dr. Nießen, das zumindest in Füssen bislang nicht umgesetzt wurde. Ein Arbeitskreis Mobilfunk, der diese Aufgabe hätte begleiten können, wurde bislang nicht eingerichtet.
- Nach eigenem Bekunden arbeitet die Verwaltung der Stadt Füssen seit rund vier Jahren an Alternativstandorten zum Mobilfunksendemast in Eschach.
- Dr. Nießen wurde nicht damit beauftragt, einen idealen Standort zu ermitteln, sondern sollte lediglich eine Prognoseberechnung für die beiden Standorte am Füssener Galgenbichl und später auch für den Fischerbichl erstellen.
- In der Sitzung des Stadtrats am 24. Februar dieses Jahres sollte nach vier Jahren der Standortsuche, innerhalb weniger Tage Vorbereitungszeit für den Stadtrat dann das kommunale Einvernehmen zu den Standorten Fischerbichl und Galgenbichl erteilt werden.
- Eine Verlängerung des Pachtvertrags für den bisherigen Standort wurde lt. Aussage von EBM Iacob seitens des Grundstückseigentümers kategorisch abgelehnt.
- Auf mehrheitlichen Antrag aus den Reihen des Stadtrats fand am 13.04. eine Informationsveranstaltung statt.

So sieht die Problematik für die Mitglieder des Stadtrats aus:

1. Lt. Verwaltung wurden zahlreiche Messungen durchgeführt, um Alternativstandorte zu ermitteln. Wo mit welchen Ergebnissen gesucht wurde ist den Mitgliedern des Stadtrats nicht übermittelt worden.
2. Eine Feststellung der aktuellen Strahlenbelastung an den geplanten Standorten wurde bislang nicht durchgeführt. Mit dieser hätte die Auswirkung / Veränderung für die Bürger anhand der Prognosewerte von Dr. Nießen beurteilt werden können. Über die Möglichkeit, für solche Messungen eine staatliche Förderung zu bekommen, wird Kollege Umkehrer berichten. *Update aus der Sitzung vom 28.04.: sobald eine Baugenehmigung erteilt wurde, kann ein Antrag auf eine geförderte vorher/nachher – Messung gestellt werden.*

3. Die aktuellen Belastungswerte haben wir mittlerweile auf eigene Regie mit dem Hochfrequenzmessgerät von Andreas Ullrich (Gigahertz Solutions HF 35) durchgeführt – herzlichen Dank an Christine Fröhlich, die sich dafür Zeit genommen hat. Das Ergebnis ist, dass der Stadtrat einer Strahlenbelastung im Bereich der Schulen von bis zu 2mW/qm zustimmen sollen, die beim 100-Fachen der aktuell gemessenen Maximalwerte von 20µW/qm liegen. Hinweis: in geschlossenen Gebäuden v.a. mit der größtenteils verwendeten Wärmeschutzverglasung sind deutlich geringere Werte im Inneren der Gebäude zu erwarten. *Update vom 28.04.: lt. Telekom stellen die Berechnungen von Dr. Nießen ein „worst case Szenario“ bei 100%-Auslastung der Sendeanlage dar. In der Praxis sind deutlich geringere Werte zu erwarten.*
4. Die Prognosewerte für Füssen gehen von der Annahme aus, dass ein 25m-Mast auf dem Galgenbichl errichtet werden soll. Diese Masthöhe wurde bislang von der Telekom nicht bestätigt. Die Prognosen gehen somit möglicherweise von falschen Annahmen aus und müssten überarbeitet werden.
5. Der Standort auf dem Füssener Galgenbichl widerspricht möglicherweise Teilen des Mobilfunkpakts 2, nach dem „sensibler Bereiche“ für die Standortwahl von Mobilfunksendeanlagen auszuklammern sind. Wieviel sensibler als ein Bereich mit 5 Schulen und einem Kindergarten mit Kinderkrippe kann es noch werden?
6. Stimmt der Stadtrat den Bauanträgen nicht zu, erklärt die Telekom lt. eigenem Bekunden das Dialogverfahren einseitig für beendet und wird entweder das kommunale Einvernehmen vom Landratsamt ersetzen lassen oder nach Vermietern für genehmigungsfreie Standorte von 10m – Masten suchen.

So sehen die Handlungsoptionen heute für den Stadtrat aus:

- Ablehnen oder zustimmen.
- Bei einer Ablehnung laufen wir Gefahr, dass entweder das kommunale Einvernehmen durch das Landratsamt ersetzt oder statt der großen Masten durch mehrere 10m-Masten die Belastung für die Bürger sogar noch über den Prognosewerten liegen wird. Eine zusätzliche Option und deren Hintergründe wird Ihnen Kollege Dr. Beyer abschließend darlegen. *Update aus der Sitzung vom 28.04.: bei einer Ablehnung wird die Telekom sofort mit der Standortsuche für 10m-Masten beginnen.*
- Bei beiden Standorten soll (Empfehlung des bisherigen Arbeitskreises) nach Möglichkeit die Stadt Füssen Vertragspartner der Mobilfunkbetreiber werden. Nur so kann überhaupt erst ermöglicht werden, Vertragsbestandteile aufzunehmen, die die Bürger schützen können. Ggf. kann auch die Stadt Füssen selbst die Mobilfunkmasten bauen und an die Netzbetreiber vermieten. Das wird auch in anderen Kommunen so gehandhabt.
- Für den Standort am Fischerbichl sollte versucht werden, über einen Pachtvertrag ebenfalls Vertragspartner der Telekom zu werden. Herbert Dopfer kann zum Standort Fischerbichl aus Sicht der Hopfener Bürger etwas sagen und vom gestrigen Gespräch mit dem Grundstückseigentümer berichten.
- Sollte in Füssen kein besserer Standort gefunden werden und keine Lösung wie am Fischerbichl angedacht möglich sein, kann am Füssener Galgenbichl nur der Standort auf der Wasserreserve in Frage kommen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es nicht beabsichtigt ist, die Bestrebungen der Netzbetreiber zu unterlaufen, eine technisch hochwertige Versorgung der Bürger mit Funktechnologie zu gewährleisten. Vor allem unseren jüngeren Mitbürgern wäre ein Verzicht auf Onlinedienste auf mobilen Geräten schwer vermittelbar.

Die dazu nötige Technologie soll jedoch bei möglichst geringer Emissions-Belastung für die Bürger aufgebaut und eingesetzt werden.

Ist der Nachweis erbracht, dass die vorgesehenen Standorte diese Voraussetzung erfüllen, werden wir den Standorten auch zustimmen.

Stadtrat Doser möchte den Masten lieber auf die Wasserreserve stellen, somit bekäme dass Wasser keine Strahlung ab.

Stadtrat Umkehrer berichtet über Berechnungen von Dr. Niessen nur für die Telekom. Für ihn sei dies noch nicht geklärt, er brauche noch weitere realistischere Daten. Er schlägt vor einen Arbeitskreis mit Dr. Niessen zu machen.

Stadtrat Dr. Metzger erklärt, dass kein grundsätzliches Einvernehmen erteilt werden könne, da nicht bekannt sei wie hoch der Mast wird und was alles dranhänge. Der Stadtrat könne nur sagen, dass sie grundsätzlich damit einverstanden.

Dritter Bürgermeister Ullrich schlägt vor, das kommunale Einvernehmen in Aussicht zu stellen. Dr. Niessen solle dann eine Expertise erstellen, ob dieser Standort der optimale ist.

Stadtrat Dopfer führt aus, dass es keine gute Entscheidung gebe. Für den Fischerbichl sei bereits ein Bauantrag da und für den Galgenbichl nicht. Es frage sich, wie der Betreiber dazu stehe und was die nächsten Schritte sind. Er solle keine 10 Meter Masten im Stadtgebiet.

Herr Käßler erklärt, dass die Telekom auf die Entscheidung warte, welches Grundstück der Stadtrat verwenden möchte. Es werde sicher ein Mast zwischen 20 – 30 m auf dem Galgenbichl. Auch auf dem Fischerbichl werde er sicher so hoch, da ja noch einige Mitbenutzer darauf sollen. Er sei heute in die Sitzung gekommen mit der Erwartung, dass eine Entscheidung getroffen werde. Sollte dies heute nicht der Fall sein, müsse sich die Telekom überlegen wie sie damit umgeht.

Stadtrat Doser spricht nochmals die Kita und die Schulen an. Um besser entscheiden zu können möchte er wissen, wie hoch die Strahlung jetzt in den Schulen ist. Er also nicht sagen, wie hoch sie dann ist, wenn sie 100 fach so hoch ist.

Herr Käßler ergänzt, wenn der bewilligte Bauantrag vorliege, werde Antrag auf Fördergelder gestellt und Messungen durchgeführt. Hierfür brauche es einen Vertrag. Die Telekom habe auf vielen Schulen Masten stehen, da hier die geringste Strahlung ist. Oftmals liege es an den Endgeräten. Je besser die Verbindung ist, um so geringer sind die Immissionen.

Auch Stadträtin Dr. Derday erklärt, dass keine gesicherten Zahlen vorliegen. Im Gutachten von Dr. Niessen basieren die Berechnungen auf einem Nutzer. Sie möchte die Zahlen für den Worst Case.

Frau Settele erklärt, dass alle Funknetze drauf seien. Die maximale Belastung werde in 7.5 m Höhe gemessen. Bei einem 20 m Masten kommt am Boden am wenigsten an. Sollten 2 Unternehmen den Masten nutzen, müsse er höher sein.

Auch Herr Käßler weiß nicht, wie sich die Technik weiterentwickle. Die Prognosewerte unterscheiden sich von den Messungen.

Zweiter Bürgermeister führt aus, dass der Stadtrat die Erwartungen sicher nicht erfüllen könne. Er wurde erst Anfang diesen Jahres mit eingebunden.

Dr. Beyer erklärt, dass der Stadtrat über das kleinste Übel entscheiden müsse. Die Erwartungen der Stadt, der Bürger und der Grundstückseigentümer sowie der Provider müssen ernst genommen werden. Es soll keiner übervorteilt werden. Aus der Bürgerschaft heraus gebe es eine mangelnde Akzeptanz. Er möchte an dieser Stelle die Kollegen unterstützen, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben. Er lehne den Druck ab, der durch die Erteilung des kommunalen Einvernehmens entstehe. Eigentlich müsse es abgelehnt werden und gleichzeitig ein positiver Dialog in Form eines Arbeitskreises stattfinden. Hierfür habe man zwei Monate Zeit. Es sei sehr wichtig und gut, dass nun ein zweiter Standort am Fischerbichl durch Herrn Dopfer erreicht werden könnte. Diesem Standort könnte das kommunale Einvernehmen in Aussicht gestellt werden. Außerdem

könne der jetzige Mast noch etwas verwendet werden. Er möchte seinen Antrag noch ergänzen. Man habe auch die Interessen der Betreiber im Blick.

Nach kurzer Beratung führt Stadtrat Guggemos aus, dass ein Arbeitskreis gemacht werden solle, wenn man nur ein bißchen herausholen könne. Auch in Weißensee habe es Probleme gegeben, die gelöst werden konnten.

Stadträtin Deckwerth lobt die Gruppe, die sich seit 10 Tagen mit diesem Thema beschäftigen. Es gebe andere, die sich bereits seit 10 Jahren damit beschäftigen. Sie sei froh, wie nachhaltig Frau Settele sich damit beschäftige. Sie erinnert daran, dass dieses Thema schon lange bekannt sei. Es bestehe die Notwendigkeit, jedoch sollte überlegt werden wie diese minimiert werden könne. Bei den Entscheidungen sollte es möglichst viel Mitspracherecht geben. Sie möchten die Gelegenheit wahrnehmen um über den Standort zu entscheiden.

Abschließend appelliert sie an den Stadtrat:

„Wir sollen nicht populistisch handeln, sondern wohlüberlegt und klug vorgehen.“

Stadtrat Dr. Metzger fragt, wie sich die Telekom in diesem Vertrag limitieren lasse.

Herr Käßler erklärt, dass die Telekom auch einen gewissen Spielraum brauche, um agieren zu können. Jeder Standort werde durch Bundesnetzagentur angesehen. Im Regelfall seien die Berechnung von Dr. Niessen im Bereich der Höchstwerte, in der Praxis fallen sie nicht so hoch aus. Die Telekom werde leistungsreduzierte Verträge nicht unterschreiben. Sie halten sich an die Gesetzgebung. Zur Bestimmung eines Standortes werden 200 Parameter abgefragt. Herr Käßler empfiehlt, die beiden Standorte zu nehmen, es sei die optimale Lösung.

Stadtrat Umkehrer möchte den alten Masten noch weitere zwei Monate nutzen. Er fragt Herrn Kessler, ob dieser noch zwei Monate warten könnte. Das damalige Mobilfunkkonzept sei nicht umgesetzt worden. Er habe einem Telefonat mit Dr. Niessen entnommen, dass jetzt der Arbeitskreis gebildet werden müsse um zu diskutieren.

Herr Kessler führt aus, dass mit dem Abbau des Standortes Eschach Ende Oktober begonnen werde. Eine Verlängerung um zwei Monate sei nicht möglich, wenn Verlängerung dann um ein Jahr. Das Füssener Mobilfunkkonzept sei zu der Zeit entstanden als es hauptsächlich um die Sprachtelefonie ging. Die habe sich geändert. Durch die Datendienste müssen andere Dinge erfüllt werden. Wenn er in den Süden ginge, könne die Versorgung nicht sichergestellt werden. Hier dürfe kein LTE aufgebaut werden. Dieses Mobilfunkkonzept entspreche nicht mehr den aktuellen Vorgaben.

Stadtrat Dopfer versucht eine Brücke zu schlagen. Es gebe verschiedene Lager. Die einen möchten einen hohen Masten, um weniger Immissionen für die Bevölkerung zu haben. Eine andere Gruppe sei sich unsicher, da Informationen fehlen. Dies sei dann eine schlechte Entscheidung. Für den Galgenbichl gebe es noch keinen Standort, am Fischerbichl müsse ein Tekturplan kommen. Er schlägt vor, für beide Standorte das kommunale Einvernehmen in Aussicht zu stellen. Somit haben die Betreiber die Sicherheit und der Stadtrat könne sich informieren.

Stadträtin Lax gibt zu bedenken, dass der Stadtrat gebunden sei, wenn er das kommunale Einvernehmen heute in Aussicht stelle. Wenn der Bauantrag kommt, müsse er beschieden werden.

Stadtrat Schaffrath erklärt, dass der Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss bereits im Oktober darüber informiert wurde. Jede Fraktion hätte damit befassen können.

Des weiteren weist Stadtrat Schaffrath auf ein Schreiben des Kurhotels Eggensberger hin, in diesem dieser erklärt, dass er nicht gegen den Standort Fischerbichl habe.

Für Stadträtin Rothemund stehe die Gesundheit an erster Stelle. Auch die Optik sei verbessert worden. Sie wünsche sich mehr Vertrauen in die Fachleute.

Nach weiterer kurzer Beratung stellt Stadtrat Umkehrer den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussvorschläge anzuhören und dann die Sitzung kurz zu unterbrechen, damit man sich beraten könne.

Beschluss:

Der Stadtrat läßt mit 21 : 0 Stimmen den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Umkehrer zu.

Dem Geschäftsordnungsantrag stimmt der Stadtrat mit 17 : 4 Stimmen zu.

Beschluss:

Nach einer zehnmütigen Unterbrechung faßt der Stadtrat folgende Beschlüsse:

1. Dass kommunale Einvernehmen zur Errichtung eines Mobilfunkmastens auf dem Galgenbichl auf den Flächen Fl.Nr. 2540/1 bzw. 2538 (Privatfläche) wird mit 20 : 1 Stimmen abgelehnt.
2. Der Stadtrat erteilt das Kommunale Einvernehmen zur Errichtung eines Mobilfunkmastens auf dem Galgenbichl unter der Voraussetzung der Vertragsgestaltung welche die zukünftige Genehmigungserfordernis bei Technischen Aufrüstungen sicherstellt.

Folgende Flächen kommen in Frage Wasserbehälter 2540/1 oder 2538 (Privatfläche). Der Vertrag wird dem HFP vorgelegt, beraten und beschlossen. Dieser Vorschlag, wird für das städtische Grundstück mit 5:16 Stimmen abgelehnt und für das Privatgrundstück mit 6 : 15 Stimmen.

3. Der Stadtrat stellt mit das Kommunale Einvernehmen in Aussicht für einen Mobilfunkmasten auf dem Galgenbichl unter der Voraussetzung einer Vertragsgestaltung welche die zukünftige Genehmigungserfordernis bei technischer Aufrüstung sicherstellt.
In Frage kommt die Grundstücksfläche 2538 am Wasserbehälter (Privatgrundstück).
Der Vertrag wird dem HFP vorgelegt, beraten und beschlossen.
Dieser Vorschlag wird mit 4 : 17 Stimmen abgelehnt.
4. Der Stadtrat stellt mit 19 : 2 Stimmen das Kommunale Einvernehmen in Aussicht für einen Mobilfunkmasten auf dem Galgenbichl unter der Voraussetzung einer Vertragsgestaltung welche die zukünftige Genehmigungserfordernis bei technischer Aufrüstung sicherstellt.
In Frage kommt die Grundstücksfläche 2540/1 am Wasserbehälter (städtisches Grundstück).
Der Vertrag wird dem HFP vorgelegt, beraten und beschlossen.

Zum Thema Fischerbichl trägt der Vorsitzende folgende Beschlussvorschläge vor:

1. Der Stadtrat lehnt den vorgeschlagenen Standort Fischerbichl FI-Nr. 24 zur Errichtung eines Mobilfunkmasten ab und erteilt dem Bauantrag nicht das kommunale Einvernehmen.

Unter der Zielsetzung einer Ergebnisvorlage binnen zweier Monate für die Situierung eines Mobilfunkmasten für Hopfen und Eschach wird ein Arbeitskreis gebildet. Dieser arbeitet in Kooperation mit Dr. Niessen, den Mobilfunkanbietern, den Grundstückeigentümern, freiwilligen Stadträten und der Verwaltung um ein künftiges Konzept für die Standorte zu erreichen.

2. Der Stadtrat erteilt das kommunale Einvernehmen zur Situierung eines Mobilfunkmastens auf der Grundstücksfläche Nr. 24 in Hopfen im Bereich von ca. 135 m südlich vom erst beantragten Punkt.

Hierbei ist Voraussetzung, die Vertragsgestaltung welche die zukünftige Genehmigungserfordernis bei Technischen Aufrüstungen sicherstellt. Der Vertrag wird dem HFP vorgelegt, beraten und beschlossen.

3. Der Stadtrat stellt das kommunale Einvernehmen zur Situierung eines Mobilfunkmastens auf der Grundstücksfläche Nr. 24 in Hopfen im Bereich von ca. 135 m südlich vom erst beantragten Punkt in Aussicht. Hierbei ist Voraussetzung, die Vertragsgestaltung welche die zukünftige Genehmigungserfordernis bei Technischen Aufrüstungen sicherstellt. Der Vertrag wird dem HFP vorgelegt, beraten und beschlossen.

Unter der Zielsetzung einer Ergebnisvorlage binnen zweier Monate für die Situierung eines Mobilfunkmasten für Hopfen und Eschach wird ein Arbeitskreis gebildet. Dieser arbeitet in Kooperation mit Dr. Niessen, den Mobilfunkanbietern, den Grundstückeigentümern, freiwilligen Stadträten und der Verwaltung um ein künftiges Konzept für die Standorte zu erreichen.

Stadtrat Pickl stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, nicht weiter abzustimmen bevor die Angelegenheit mit dem Nachbargrundstück nicht geklärt ist.

Diesen Antrag lehnt der Stadtrat mit 1 : 20 Stimmen ab.

Der Stadtrat beschließt mit 20 : 1 dem Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Umkehrer, die Sitzung nochmals zu unterbrechen um sich zu beraten, zuzustimmen.

Stadträtin Dr. Derday erklärt, dass sie sich nicht mit dem neuen Standort beschäftigen konnten. Die würde interessieren, wie das Bild mit dem neuen Standort ist. Sie sei mit den Örtlichkeiten nicht vertraut.

Stadtrat Eggensberger befürchtet, dass der Stadtrat „Mist baue“. Der ein oder andere möchte etwas aus dem Hut zaubern. Es stelle sich die Frage, ob Herr Käßler uns überhaupt 2 Monate Zeit gebe. Außerdem stimmt es nicht, dass ganz Hopfen gegen den Standort Fischerbichl ist. Die Antragsteller möchten zwar keinen großen Masten, haben aber nichts gesagt, dass dann mehrere kleine Masten kommen. Hier werde mit Halbwahrheiten Stimmung gemacht. Ein Viertel der Unterschriften, wisse nicht was sie unterschrieben

haben. Sollte der große Mast abgelehnt werden und es kommen mehrere kleine, können dies die Antragsteller ausbaden. Er plädiert dafür, den Antrag der CSU abzulehnen.

Stadtrat Dr. Beyer lehnt den Krawall ab und möchte lieber im Dialog eine gute Lösung finden. Baurechtlich habe man noch zwei Monate Zeit.

Stadtrat Pickl gibt Stadträtin Dr. Derday recht, man müsse sich mit dem neuen Standort befassen. Zuerst komme die Sicherheit und wer hierher in Urlaub fährt, soll ihn auch sehen.

Stadträtin Lax fragt Herrn Käßler, ob die Möglichkeit bestehe, dass die Telekom noch acht Wochen warte und nicht morgen gleich auf Antennensuche gehe.

Herr Käßler antwortet, dass die Telekom nicht mehr warten werde. Sie habe bereits 3 ½ Jahre gewartet, dann dauere es nochmals zwei Jahre um den Standort zu bauen. Auf dem Fischerbichl werde zuerst ein Provisorium entstehen. Sollte der Stadtrat heute negativ entscheiden, werde sich die Telekom andere Alternativen überlegen.

Stadtrat Hipp gibt folgende Stellungnahme hierzu ab:

- Grundsätzlich sind wir in einer Situation der Abwägung, man könnte auch sagen, auf der Suche nach dem kleineren Übel.
- Auf der einen Seite steht ein eventuelles gesundheitliche Belastungsrisiko, das niemand genau einschätzen kann, auf der anderen Seite ein Eingriff in das Landschaftsbild und eine evtl. damit verbundene psychische Belastung aus verschiedenen Gründen.
- Nun gilt es Prioritäten zu setzen.
- Ich meine, der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken, sprich Strahlung, hat Vorrang. Vorrang hat vor allem der, der 24 Stunden am Tag diesen Risiken ausgesetzt ist. Dazu gehören vor allem auch Kinder.
- Es muss vor allem eine genehmigungsfreie Aufstellung von Masten im Ortsbereich vermieden werden, denn da wäre die Belastung wesentlich höher. Ich kann beim besten Willen nicht ausschließen, dass jemand sein Grundstück zur Verfügung stellt. Die andere Lösung, nämlich kein mobiler Internetempfang, ist heutzutage aus wirtschaftlichen Gründen kaum zu verantworten.
- Eine neuerliche Suche nach einem besseren Standort ist bei Kenntnis der hiesigen Topographie und aus zeitlichen Gründen wenig realistisch.
- Bleibt nur noch der Blick auf die landschaftliche Beeinträchtigung. Diese ist je nach Blickwinkel unterschiedlich. Eine gewisse Verbesserung bringt nun die geplante Verlegung des Masten nach Süden.
- Immerhin ist im Hintergrund des Masten immer Wald, z.B. vom Standort Ringstraße aus der Kalvarienberg oder Schwarzenberg, oder vom Blickwinkel Uferstraße aus, der Gassenthomaskopf vor dem Säuling.

- Vielleicht wird hier zu schwarz gesehen. Ich wähle zwangsläufig das kleinere Übel, nämlich den Mast.

Nach weiterer kurzer Beratung erklärt Stadtrat Schaffrath, dass er zustimmen werde, weil der Masten so stehe, dass die Gesundheit nicht beeinflusst werde.

Stadtrat Pickl bemerkt, dass es um die Sache gehe und nicht politisch ist.

Stadtrat Dopfer erklärt, dass eine Entscheidung von breiter Mehrheit getroffen werden sollte. Es sollte das kommunale Einvernehmen in Aussicht gestellt werden.

Herr Käßler könne die Haltung nicht verstehen. Die Flächen seien seit Oktober bekannt. Das sind 6-7 Monate. In dieser Zeit hätte sich jeder informieren können. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es auch nach 4 Wochen dann nicht zu Ende ist. Er wisse, dass das Thema Mobilfunk eine emotionale Sache ist. Wenn jedoch eine Entscheidung getroffen ist, dann werde man sich arrangieren. Der Stadtrat sei dazu da, Entscheidungen zu treffen. Die Telekom werde einer Zeitverschiebung nicht mehr nachgeben.

Stadtrat Jakob erklärt, dass er gewählt sei und seine Wähler vertreten müsse. Er müsse aber auch Entscheidungen treffen. Durch die Verlegung des Standortes, sieht er es als gelungene Sache. Er werde mit ja stimmen.

Sodann werde die Sitzung erneut für 10 Minuten unterbrochen.

Beschluss:

1. Der Stadtrat lehnt mit 3 : 18 Stimmen den vorgeschlagenen Standort Fischerbichl FI-Nr. 24 zur Errichtung eines Mobilfunkmasten ab und erteilt dem Bauantrag nicht das kommunale Einvernehmen.

Unter der Zielsetzung einer Ergebnisvorlage binnen zweier Monate für die Situierung eines Mobilfunkmastens für Hopfen und Eschach wird ein Arbeitskreis gebildet. Dieser arbeitet in Kooperation mit Dr. Niessen, den Mobilfunkanbietern, den Grundstückeigentümern, freiwilligen Stadträten und der Verwaltung um ein künftiges Konzept für die Standorte zu erreichen.

2. Der Stadtrat erteilt mit 6 : 15 Stimmen das kommunale Einvernehmen zur Situierung eines Mobilfunkmastens auf der Grundstücksfläche Nr. 24 in Hopfen im Bereich von ca. 135 m südlich vom erst beantragten Punkt.

Hierbei ist Voraussetzung, die Vertragsgestaltung welche die zukünftige Genehmigungserfordernis bei Technischen Aufrüstungen sicherstellt. Der Vertrag wird dem HFP vorgelegt, beraten und beschlossen.

3. Der Stadtrat stellt mit 18 : 3 Stimmen das kommunale Einvernehmen zur Situierung eines Mobilfunkmastens auf der Grundstücksfläche Nr. 24 in Hopfen im Bereich von ca. 135 m südlich vom erst beantragten Punkt in Aussicht. Hierbei ist Voraussetzung, die Vertragsgestaltung welche die zukünftige Genehmigungserfordernis bei Technischen Aufrüstungen sicherstellt. Der Vertrag wird dem HFP vorgelegt, beraten und beschlossen.

Unter der Zielsetzung einer Ergebnisvorlage binnen zweier Monate für die Situierung eines Mobilfunkmastens für Hopfen und Eschach wird ein Arbeitskreis gebildet. Dieser arbeitet in Kooperation mit Dr. Niessen, den Mobilfunkanbietern, den

Grundstückeigentümern, freiwilligen Stadträten und der Verwaltung um ein Konzept für die Standorte zu erreichen.

Füssen, den 11.12.2015

Iacob
Erster Bürgermeister

Ausfertigung: Örtliche Verkehrsbehörde – Frau Settele